

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

182 (3.7.1919) Erstes und Zweites Blatt

Bezugspreis: in Karlsruhe frei ins Haus abgesetzt monatlich 1.00 M., vierteljährlich 5.70 M., an den Ausgabestellen abgeholt monatlich 1.50 M., vierteljährlich 5.25 M. Ausland: durch die Post frei ins Haus abgesetzt vierteljährlich 5.82 M., Einzehlnummer 10 Pf.

Berlin, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Anzeigen: die gew. Anzeigenzeitung oder deren Raum 25 Pf., Neuland 1 M., an erzt. Stelle 1.20 M., 80% Steuerermäßigung Rabatt nach Tarif. Anzeigenannahme bis 12 Uhr mittags, kleinere Anzeigen (ab 4 Uhr nachmittags) 50% Ermäßigung. Geschäftsstelle Nr. 203, Berlin, Schriftleitung Nr. 20 u. 894.

Geschäftsführer: Gustav Reppert; verantwortlich für Politik: Martin Solinger; für Baden, Lokales und Volkswohl: Heinrich Gerhardt; für Deutschland: Carl Dörmann; für Frankreich: Paul Kuhnmann; Druck und Verlag: C. K. Müller'sche Buchhandlung m. B. S., sämtliche in Karlsruhe. — Berliner Wochenschrift: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Fregestraße 65/66, Telefon-Nr. 1214. Für unvollständige Manuskripte oder Druckfäden übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

116. Jahrg. Nr. 182.

Donnerstag, den 3. Juli 1919

Erstes Blatt.

Politische Gegenwartsaufgaben.

Von Generalsekretär Dees.

Wir sind trotz der sogenannten „Errungenschaften der Revolution“ immer noch ein gänzlich unpolitisches Volk. Dafür ist bezeichnend nicht nur die miserabile offizielle Regie während der letzten entscheidenden Tage und Stunden in Weimar, die oft den Eindruck aufkommen ließ, als wisse eigentlich die Regierung selbst nicht, was sie wolle, geschweige denn, was sie solle, sondern auch die Tatsache, daß wir uns jetzt, nachdem die Entscheidung in der wohl schwersten Schicksalsfrage unseres Volkes gefallen ist, gegenseitig herumschreien über die Frage: Sind die Befürworter oder die Gegner der Unterzeichnung im Recht? Zwar haben in der Nationalversammlung alle Parteien erklärt, sie wollten auch die Lieberzeugung in der Friedensfrage, die der eigenen nicht entspreche, als aus vaterländischen Motiven kommend, betrachten. Aber diese schönen Worte waren kaum gesprochen, da fiel schon in einzelnen Kreisen der Vorwurf gegen die Deutsche Demokratische Partei, die Mehrheit ihrer Abgeordneten hätte gegen das Unterzeichnen gestimmt, um die Interessen des Kapitalismus zu wahren! Dieser Vorwurf ist so dumm und sinnlos, daß sich ein näheres Eingehen darauf erübrigt. Nur soviel: Ist Schönbachmann, der doch von seinem Ministerpräsidentenposten zurücktrat, weil er die gleiche Haltung einnahm wie die Demokratie, auch ein Verräter der Geldinteressen? Und Landsberg, Wiffel und Heine? Und der bayerische Ministerpräsident Hoffmann? Lauter Sozialdemokraten, die gegen die Unterzeichnung waren!

Was würde ein politisch reifes Volk in unserer furchtbaren traurigen Lage tun? Es würde einsehen, daß diese Frage nicht zur Parteifrage gemacht werden kann und darf, daß die Lösung jedes einzelnen Abgeordneten beruht auf reinlicher Lieberzeugung und dem besten Bewußtsein, das seine für unser schwergeprüftes Volk zu finden, und daß die Frage: wer ist im Recht — gegenwärtig überhaupt nicht objektiv entschieden werden kann; es ist die Zukunft, vielleicht schon die nächste Zukunft, die hier zu klären. (Niemand kann feindlicher wünschen, daß sie den Angehörigen der Unterzeichnung Recht gibt, als — die Gegner der Unterzeichnung!) Vor allem aber: ein politisches Volk würde sich jetzt in dem schwersten Augenblick seiner Geschichte auf den Boden der Tatsachen stellen, würde auf rückwärtigen Betrachtungen verzichten und mit dem Blick nach vornwärts an die mühselige Arbeit des Wiederaufbaues gehen.

Denn daß die Arbeit mühselig und entsetzlich schwer sein wird — auch das würde ein politisches Volk wissen. Weiß aber leider noch nicht die gedankenlos dahinjagende breite Masse bei uns, die da annimmt, es sei mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages getan, alles andere gebe sich von selbst. Tatsächlich liegen doch die Dinge so, daß das schwerste uns noch bevorsteht: die Erfüllung des Vertrags.

Wegen die uns mit brutaler Gewalt aufzunehmenden Friedensbedingungen objektiv unerfüllbar sein, den guten Willen, sie zu erfüllen, müssen wir aufbringen und vor der ganzen Welt erweisen, wenn nicht in kurzer Zeit das eintreten soll, was die Anhänger der Unterzeichnung verurteilen wollten: die Vertreibung unseres Landes durch die Feinde, die dann allerdings in noch weit, weit grausameren Formen vor sich gehen würde, als sie im Falle der Nichtunterzeichnung vor sich gegangen wäre, denn die Gegner werden uns dann vorwerfen, daß wir wieder einmal einen feierlich geschlossenen Vertrag als einen wertlosen Papiertüchlein betrachten.

So schwer es fällt: indem wir gegen die Brutalität des Vertrags immer und immer wieder protestieren, müssen wir den guten Willen zeigen, ihn zu erfüllen. Jeder einzelne — das ganze Volk. Das ist eben die wichtigste Aufgabe der Gegenwart und der nächsten und weiteren Zukunft zu sein!

Das kann geschehen in erster Linie durch Arbeit und durch die praktische Konsequenz aus der Erkenntnis, daß uns in der heutigen, schier überwältigenden Situation, Autorität nötiger ist denn je. Jeder Streik, der auf längere oder längere Zeit einzelnen Zweige unseres ohnehin nur noch begrenzten Wirtschaftslebens lähmt, jeder Anfall, jeder Ruch, der den Gang der Staatsmaschine aufhält oder erschwert, bedeutet auch gleichzeitig eine Gefahr für die Erfüllung der Friedensbedingungen und für den Feind die zünftigste Gelegenheit, uns die Daumenkränze nach enger anzuziehen. Aus diesem Grunde sind auch die aus hohen vaterländischen Motiven entworfenen Pläne zu einem bewußten Widerstand im Osten abzulehnen; sie sind auschließlich und vornehmlich nur unsere Schwächen.

Zum Wiedererlangen nötig ist aber auch eine Regierung, die wirklich führend ist. Das war das höchste Scheitern nicht und wird das sein. Jeder Bauer erntet nicht, wobei allerdings nicht vergessen werden soll, daß die in Veranlassung erklärte Revolution, die Arbeitslosigkeit, der Mangel an Einsatz über die Notwendigkeit staatlicher Autorität das Regieren und das Führen außerordentlich erschweren. Man klagt so viel darüber, daß eigentlich nichts geschieht und daß die Regierung keine Initiative entfalte, keine neuen Ideen produziere. Angegeben. Aber: wie soll eine Regierung politisches und wirtschaftliches Neuland erschließen, bald da, bald dort, einen Ruch niederzuschlagen, einen Eisenbahnerstreik ein, bezulegen? Nachdem die obenbenannte Arbeit ohne feste, gleichmäßige Führung durch Regierungen und Parteien auf dem Boden einer — Demokratie.

Nun hat die Revolution auf rein politischem Gebiet sofort ganze Arbeit getan. Daß die Dinge auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet nicht so einfach liegen und daß deshalb hier viel vorsichtiger zu Werke gegangen werden muß, leuchtet ein. Nirgendwo rächen sich überstürzte „Reformen“ schwerer

als auf wirtschaftlichem Gebiet. Ein einziger läppischer Eingriff in das komplizierte Räderwerk des wirtschaftlichen Apparates kann unübersehbaren Schaden stiften. Dies gilt um so mehr, als das deutsche Wirtschaftsleben augenblicklich ohnedies in einer schweren Notlage ist. Andererseits aber darf der Eindruck nicht aufkommen, als scheue man sich überhaupt vor dem Zugreifen. Ohne grundlegende Reformen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet ist die dringend notwendige Verhinderung der Massen nicht zu erzielen. Man mache daher endlich ernst damit. Die Steuerfrage, die Wohnungsfrage, der Abbau der Lebensmittelpreise — das

Unklarheiten und Böswilligkeiten.

V. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedruckt:

Die Nachrichten aus Paris und London lassen erkennen, daß man sich dort noch recht im Unklaren ist über die Art und Weise, wie nun der faktische Friedenszustand in Europa herbeigeführt werden soll. England und Frankreich erklären sich zwar bereit, die Ratifizierung des Versailler Friedensschlusses ohne Verzug vorzunehmen, und wenn dann noch eine dritte alliierte Regierung und andererseits Deutschland die Ratifizierung vollziehen, würde der Friedensvertrag in Kraft treten. Aber es steht noch nicht einmal fest, ob Amerika, Japan oder Italien, die alle drei durch das Versailler Abkommen in ihren Sonderwünschen und „Auffassungen“ nicht voll befriedigt sind, ihrerseits sich so bald zu der Ratifizierung entschließen werden. Im Hinblick hierauf werden auch schon in deutschen politischen Kreisen Bedenken erhoben gegen eine zu frühzeitige Bindung unsererseits, die uns doch noch nicht den allgemeinen Frieden sichern.

Allerdings würden diese Argumente, wenn erst unsere Hauptgegner sich erklärt haben, wohl nicht für die Hinzueziehung der Ratifizierung unsererseits ausreichen. Bedeutet diese doch auch die Aufgabe der verhängnisvollen Blockade. Aber mit bitteren Gefühlen und wachsendem Mißtrauen müssen wir jetzt alle Tage Meldungen aus Frankreich und England, ja selbst aus Amerika hören, die von einer ehrlichen Neigung der jetzigen Regierung und der Bevölkerung, den Friedenszustand uns gegenüber einzuhalten, recht wenig erkennen lassen. So ist soeben im englischen Unterhaus von einem Abgeordneten gegen die ausländischen Handelsvertreter ein System von Sanktionen mit Unterschieden für befreundete, neutrale und bisher feindliche, d. h. deutsche Staatsangehörige gefordert worden. Der Regierungsvertreter hielt Maßnahmen dieser Art zwar für unzulässig, aber eben doch nur, weil schon genügend Handhaben zur Ausweitung mißliebiger Personen des Auslandes vorhanden seien. Wie tief wirkt die Ursache des Weltkrieges, der krankhafte Konfuzienhaß der Engländer, also auch noch über den englischen Sieg hinaus! Und wenn wir gleichzeitig von den Völkerverfeindungen gegen den deutschen Admiral v. Renner lesen, begreifen wir, wie tief die Vergiftung der englischen Volkssee durch eine fünfjährige struppellose Fresshege gegen alles Deutsche gewirkt hat.

Wie soll aber ein Verkehr zwischen Deutschland und England künftig angebahnt werden, wenn nicht endlich eine Gegenaktion zur Entspannung der Geister beginnt? Man möchte fast wünschen, daß einer der erwähnten alliierten Gerichtshof, welcher gegen die angeblichen deutschen Kriegsschuldigen in Szene gesetzt werden soll, bald zusammentritt. Denn trotz aller Befangenheit wird doch den meisten der falschen Beschuldigungen gegen uns, die in den feindlichen Völkern kursieren, der Boden entzogen, wenn sie nicht jede Deuschlichkeit scheuen. Und dann wäre das schlimmste Hindernis für eine Annäherung nach offiziellem Friedensbeginn aus dem Wege geschafft.

Die Blockade.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 2. Juli. (Wolff.) Durch die deutsche Friedensdeklaration in Versailles ist Clemenceau auf die Note vom 28. Juni betr. die Aufhebung der Blockade folgende Note des Reichsministers Müller überreicht worden: Die deutsche Regierung nimmt Kenntnis, daß die a. und a. Regierungen bereit sind, soweit sie von der abzunehmenden und vollständigen Ratifizierung des Friedensvertrages durch das Deutsche Reich amtlich Kenntnis erhalten, die Blockade schon vor dem Inkrafttreten des Friedensvertrages aufzuheben. Im dem Wunsch, so schnell wie möglich von der für Deutschland so schweren und verhängnisvollen Blockade befreit zu werden, will die deutsche Regierung alles daran setzen, um die für die Ratifizierung erforderlichen Maßnahmen zu beschleunigen. Sie hofft, anfangs der nächsten Woche in der Lage zu sein, den a. und a. Regierungen von der erfolgten Ratifizierung Mitteilung zu machen und von der Ratifizierung des Friedensvertrages durch das Deutsche Reich Kenntnis zu geben. Die deutsche Regierung ist der Erwartung Ausdruck, daß die a. und a. Regierungen in demselben Geiste, der zu der Aufhebung früherer Aufhebungen der Blockade veranlaßt hat, sich damit einverstanden erklären, daß, sobald die erwähnte Ratifizierung vorliegt, auch mit der Einstellung der deutschen Gefangenen aus ihren Ländern begonnen wird.

alles sind Dinge, die endlich einmal heraus müssen aus dem Stadium der Erwägungen. Sie können freilich nicht ernsthaft in Angriff genommen werden, wenn eine Kabinettskrise die andere abblößt und wenn die Hauptorgane der Männer in der Regierung der notwendigen Aufrechterhaltung der Ordnung im Lande gellen muß. Es ist ein innerwärtiger Streit: die Frage vermischt Fragen der Regierung, demnach, daß wenig oder nichts geschieht, läßt sich daher zu gutüberlegen berieten. Aber gerade infolge dieser fortwährenden Rücksichtnahme kann seitens der Regierung wenig oder nichts geschehen.

Die Wiederaufnahme des französischen Handels mit Deutschland.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 2. Juli. „Erektor“ meldet, daß sich die kompetentesten Handelskreise damit beschäftigen die Wiederaufnahme des Handels mit Deutschland in die Wege zu leiten. Das „Journal“ erlaubt uns wissen, daß ein freier Handel bevorzugt werde.

Wiederaufnahme des Handelsverkehrs mit England.

(Eigener Drahtbericht.)

6. Genf, 2. Juli. Nach englischen Zeitungen hat das englische Wirtschaftsamt die Erlaubnis zur Verfrachtung englischer Schiffe für deutsche Häfen gegeben. Die Ausfuhrerlaubnis hängt von der Annahme des Friedensvertrages in der deutschen Nationalversammlung, aber nicht von der Ratifizierung durch die Parlamente der Ententestaaten ab.

6. Rotterdam, 2. Juli. (Via Drahtbericht.) Gestern ist der Bericht der englischen Kommission, welche die Wirtschaftslage Deutschlands untersucht hat, veröffentlicht worden. Die Reuter meldet, enthält er auch eine Unterredung mit dem Grafen Brodorff-Rankau, in welcher dieser sagte, der Bolschewismus sei eine Frage, die Deutschland mit der Entente gemeinsam betrachten könnte. Er wäre bereit, soweit zu gehen, wie man es nur verlange, um England, Frankreich und Amerika von seinen ehrlichen Absichten zu überzeugen und alle seine Erfahrungen zur Verfügung zu stellen, damit die Gefahr des Bolschewismus gemeinsam bekämpft werden könne.

Ein Teil des Berliner Verkehrsstreiks beendet. — Die Berliner Lebensmittelversorgung schwer gefährdet.

(Eigener Drahtbericht.)

6. Berlin, 2. Juli. Heute fand ein Teil des Berliner Verkehrsstreiks ein Ende. Der Eisenbahnerstreik für Großberlin ist so gut wie aufgehoben. Der Vorstand der Ortsgruppe des deutschen Eisenbahnerverbandes erklärt: Da wir uns der Einsicht nicht verschließen, daß der Eisenbahnerstreik in diesem Augenblick schwere Schädigungen für die Allgemeinheit mit sich bringt, haben wir uns entschlossen, unsere eigenen Interessen verläufig hinter diejenigen der Allgemeinheit zurückzustellen. Wir haben daher unseren Mitgliedern empfohlen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Wir haben schon gestern und heute unser Möglichstes getan, um die Lebensmittelversorgung Groß-Berlins trotz des Streiks sicher zu stellen.

In Wirklichkeit war und ist die Lebensmittelversorgung von Groß-Berlin infolge des Verkehrsstreiks und des Eisenbahnerstreiks schwer gefährdet worden. B. B. kamen vor den Streitkräften täglich 20 Waggons mit Kartoffeln nach Berlin. In den letzten Tagen waren es aber nur noch 5-10 Waggons. Dazu kommt, daß infolge des Streiks viele Lebensmittelbestände unterwegs liegenblieben und dem Verderben ausgeliefert waren. Auch die Fischversorgung ist völlig ins Stocken geraten und die Anlieferung von Gemüse mußte eingestellt werden. Im schwersten Liden die Kranke nahrung. Wenn nicht alsbald wieder Lebensmittel nach Berlin geschafft werden müssen, den Krankenhäusern die Krankenstationen noch verliert werden. Ebenso hat die Väterkennung dem Magistrat Mitteilung gemacht, daß infolge des Kohlenmangels die Brotherstellung ernstlich gefährdet ist.

Eine Erklärung des Reichsarbeitsministeriums.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 2. Juli. (Wolff.) Das Reichsarbeitsministerium gibt in einer Erklärung bekannt, daß es abgesehen habe, in den neuerlichen Verkehrsstreik einzugreifen. Der Streik sei ein unverantwortlicher Vertragsbruch, da in dem Anfang Juni 1919 zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern abgeschlossenen Tarifvertrag bestimmt ist, daß die Schlichtung von Streitigkeiten einem aus je drei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sowie einem unparteiischen Obmann bestehenden Hauptauschuss übertragen werden soll. Dieser Hauptauschuss habe aber am 24. Juni einstimmig beschlossen, daß die verlangte einmündige Wirtschaftsbeihilfe von 700 Mark gegenwärtig nicht bewilligt werden könne, daß aber diese Frage in etwa 6 Wochen erneut geprüft werden solle, wenn sich die Wirkungen des Friedensschlusses auf dem Lebensmittelmarkt zeigen. Wie richtig der Ausschuss hierbei gehandelt hat, zeigt, daß schon in den letzten Tagen die Regierung eine Senkung der Lebensmittelpreise herbeizuführen beschließen hat.

Herabsetzung der Lebensmittelpreise.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 2. Juli. (Wolff.) Der Magistratsbericht gibt bekannt, daß die Herabsetzung der Lebensmittelpreise für Groß-Berlin für Montag, den 7. Juli, eintreten wird. U. a. wird der Preis im einzelnen betragen für ein halbes Pfund Weizen etwa 44 Pf., statt bisher 1.10 M., ein Pfund Speck etwa 4 bis 4.20 M., statt bisher 7.40 M., alte Kartoffeln etwa 15 Pf., statt bisher 25 Pf., neue Kartoffeln 20 Pf.

Die kommende Krise in Frankreich.

Genf, Ende Juni.

Es war sehr töricht, wenn sich in Deutschland manche Leute eingebildet haben, Frankreich stünde unmittelbar vor der sozialen Revolution und die französischen Arbeiter würden sich noch vor dem Friedensschluß gegen den Gewaltfrieden erheben. Tatsächlich hat die soziale Krise in Frankreich eben erst begonnen.

In allen Ländern, wo bisher nach dem Kriege ein sozialer Umbruch erfolgte, hatte er zwei große Ursachen: die Erlebnisse des arbeitenden Volkes während der Kriegszeit und die wachsende Spannung zwischen Löhnen und Preisen. Der Krieg hat natürlich gerade dort, wo seine Leiden die schwersten waren, die Unterschiede zwischen Kriegsgewinnern und Kriegsverlierern, zwischen Händlern und Feldern am schärfsten hervorgehoben. Aber auch in den Ländern, in denen der Krieg nicht eigentlich Hunger und Massenelend hervorgerufen hat, bestehen diese Unterschiede. Bei uns ist es jedoch Agitator leicht, das Bild eines hungernden Kindes zu malen, an dem vorbei der reiche Kriegsgewinner zum üppigen Diner fährt; in Paris hungern kaum mehr Kinder als vor dem Krieg; was bei uns Elend ist, ist hier höchstens Knappheit, beginnende Verarmung. Dennoch weiß das französische Volk wohl, daß sich eine gewisse Schicht auf seine Kosten ungeheuerlich bereichert hat. Neulich freilich die Pariser Bankbeamten, weil sie wie alle Selbstbedienten eine Vermehrung ihres Einkommens unbedingt durchsetzen mußten, wollten sie nicht ihre Lebenshaltung weiter reduzieren. Darauf rechnete der sozialistische Führer Mistral aus, daß im Jahre 1918 fünf große Pariser Banken zusammen über 81 Millionen Franken verdient hatten. „Das, was so sehr empört!“ war der Artikel im „Populaire“ überschrieben.

Der Pariser Arbeiter, der Mann des Mittelstandes, der diese Dinge sieht, kann sich immer noch fassen, aber täglich weniger. Im Juni zahlen die Pariser 8 Franc für ein Kilo Rindfleisch, 3.80 Franc für ein Kilo gemischtes Rindfleisch, 6.20 für das beste Hammelfleisch (hier ist von gefrorenem Fleisch die Rede). Im Mai hatte man für die gleichen Quantitäten 7 Franc, 3.50 und 4.80 Franc gezahlt. Uns mögen diese Preise relativ gering vorkommen. Aber die Löhne haben sich nicht in dem gleichen Maße gesteigert, und der Franzose sieht sehr wohl, wie sein Budget täglich schwieriger wird. Dazu kommt die enorm anwachsende Steuerlast, die in einer unsozialen Weise zu einem sehr großen Teil aus erhöhten Verbrauchssteuern besteht. All das zwingt den kleinen Mann, sich immer mehr einzuschränken, bald dies, bald das entbehren zu lernen.

Aber wenn erzähle ich das? So hat man bei uns angefangen, als es erst anfing. Kein Zweifel, daß die französische Gesellschaft dort steht, wo die unsere vor drei, vier Jahren stand. Schon klappert die gefährliche Wirtschaft: Steigerung der Preise — Steigerung der Löhne — Steigerung der Preise und droht, alles kurz oder klein zu machen. Die großen Streiks der letzten Wochen haben den Lohnforderungen der Arbeiter Erfolge gebracht; natürlich werden auch die Preise weiter steigen. Auch in Frankreich gibt es nur einen Ausweg aus diesem verheerenden Kreise: Steigerung der Produktion. Und auch in Frankreich wirkt außer diesen Gezeiten der wirtschaftlichen Mathematik noch etwas Irrationelles, fast Metaphysisches mit: die Veränderung der Massenseele, die der Krieg mit sich gebracht hat, jener dumpfe Drang nach dem Neuen, dem Anderen, dem Ausweg; jener latenten Revolte des kleinen Mannes, der den Tod gesüht, der die weite Welt bereist, der unter freiem Himmel geschlafen hat und der sich nicht mehr recht in den engen Furch der Brotarbeit fügen will.

Hier sind neben den ökonomischen die physischen Wurzeln der sozialen Unruhe. Noch ist die Bewegung in der französischen Arbeiterstadt vornehmlich auf nahe materielle Ziele gerichtet, obwohl die entlassenen Rindsozialisten, die Douglou und Mistral, sie auf weitere politische Absichten wollen. Aber die Wogen schwellen.

Zur Demobilisierung in Frankreich.

Bern, 2. Juli. Die „Broards de Von“ meldet, fand zwischen Clemenceau, dem Unterstaatssekretär Deschamps und dem General Retain eine Unterredung über die Demobilisierung statt, unter denen die Demobilisierung erfolgen könne. Der Staatssekretär für Demobilisierung schlug vor, daß die Nachräumung 1902 bis 1909 sofort demobilisiert würden. „Matin“ erhebt Einspruch dagegen, daß Clemenceau wegen der Cremanise nur zwei bis drei Nachräumung kriegen solle. Durch diesen weiter demobilisierten Frieden aber der Konkurs des Friedensvertrages an und wiederhole den alten Fehler.

Paris, 1. Juli. (Sabas.) Nach dem „Journal“ kündigte ein Rekrutierungsmittel an, in den Bundesländern der Kammer an, daß die Rekrutur noch vor dem 14. Juli aufhören werde.

Paris, 2. Juli. (Wolff.) Der Ausschuss der Großen Arbeitervereinigungen teilte dem Arbeitsminister Collant mit, daß alle Kandidaten der Demobilisierung der Arbeiter abgelehnt und beschließen haben, den Streik fortzusetzen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

(Nachdruck der mit einer Gitter verlebene Artikel ist nur unter Quellenangabe gestattet.)

Nach der Unterzeichnung.

Die deutsche Regierung hat den schwierigsten Entschluß gefaßt, die schwerste Entscheidung getroffen, die vielleicht jemals von einer Volksgemeinschaft zu überwinden war. Der Gewaltfrieden ist unterzeichnet. So niederdrückend die Friedensbedingungen auch auf die Kreise gewirkt haben, die sich über die Bedeutung und über die etwaigen Auswirkungen dieser furchtbaren Bedingungen am meisten klar sind, so muß doch der bewußte Chronist feststellen, daß diese Kreise von einem Gefühl der Erleichterung befreit sind. Nicht nur die großen Massen, die eine Wiederkehr der furchtbaren Kriegen und Leiden des Krieges fürchten, auch in den Kreisen der Industrie und des Handels herrscht vielfach die Auffassung, die man in die Worte fassen könnte: Deutschland muß einen Strich unter das Vergangene ziehen und mit neuem Mut an die neue Arbeit des Wiederaufbaues herantreten. Es herrscht auch im allgemeinen durchaus keine Mißstimmung, wären nicht die trübseligen innerpolitischen Verhältnisse u. die hervorragenden Zustände auf dem Arbeitsmarkte, so würden wir vielleicht trotz des Gewaltfriedens eine Befriedigung der Unternehmungskreise haben. Reichlich beunruhigt ausenblicklich noch das Übermaß von Umlaufmitteln die spekulative Unternehmungskreise und es muß erst abgewartet werden, wie sich die Dinge gestalten werden, wenn der gewaltige Überfluß der Vermögenswerte überhand nehmen wird. Schon jetzt ist zu konstatieren, daß gerade der solide Geschäftsmann und der vorsichtige Industrielle sich mit seinen Mitteln einzuhalten bemüht, weil er weiß, daß ihm ein erledigter Teil seiner Betriebskapitalien an Gunsten des Staates genommen werden wird. Die große Vermögensübernahme wird allerdings auf der anderen Seite die ärmliche Bevölkerung ausenblicklich noch das Übermaß von Umlaufmitteln die spekulative Unternehmungskreise und es muß erst abgewartet werden, wie sich die Dinge gestalten werden, wenn der gewaltige Überfluß der Vermögenswerte überhand nehmen wird.

die Einfuhr von Rohstoffen nach Deutschland möglich zu machen, um der Lebensproduktion seiner von der amerikanischen Konkurrenz bedrängten Waren Absatzgebiete in Deutschland zu verschaffen. Die Londoner Handelskammer hat jünstlich erklärt, deutsche Agenten in England hätten bereits wieder an durch Verwendung deutscher Finales Propananda für den deutschen Handel zu machen. Aber gerade die Tatsache, daß amtliche enalische Stellen vor der Einachuna von Geschäften mit Deutschland ablehnen warnen zu müssen, beweist, daß eine größere Anzahl enalischer Firmen bereit ist, die Geschäftsverbindungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. Das wird auch von neutralen Kaufleuten bestätigt, die jünstlich aus England zurückgekehrt sind. Die Hauptfrage Enalands ist aber die amerikanische Konkurrenz. Diese wird sich in der Hauptstadt in den enalischen Kolonien, ferner in Ost-Asien und Süd-Amerika betätigen. In der ersten Zeit werden die Amerikaner auch, wie überall in Europa, so auch in Deutschland ihre Werksfabrikate mit großer Energie absetzen suchen, andererseits wird die Amerikaner fest entschlossen, Deutschland ausreichend mit Rohstoffen zu versorgen. Die Neutralen aber, die auenblicklich mit amerikanischen und enalischen Waren überhäuft werden, konstatieren fast durchwegs, daß das Publikum die deutschen Waren wegen ihrer soliden Ausführung und wegen der absehenden Minderbeurteilung. Sie kaufen nur das Notwendigste und warten ab, bis Deutschland wieder Leistungsfähig sein wird. Die Völker, die bisher unsere Waren besaßen, lassen uns also eine Parteeit. Das Geschäft Deutschlands wird davon abhängen, ob wir diese Parteeit bis zur Wiederaufnahme normaler Arbeit nach Möglichkeit werden abzurufen können.

Börsen- und Finanzmeldungen.

Berliner Börse.

Berlin, 2. Juli. Die Haltung der Börse war trotz der Verhängung des Verfallszinses und anderer unruhigender Nachrichten aus dem Reich weiter fest. Die Kaufkraft trat wiederum für die bevorzugten Werte hervor, besonders für die Werte der Bergwerks- und Hüttenindustrie, für Stahl-Werke, Benz, Diesel-Motoren, Klein-Werkzeuge und Klein-Metalle, die zum Teil mehr als 4 Proz. gewonnen. Für Chemische Werte gestiegte sich die Kursbewegung unregelmäßig infolge teilweiser Gewinnrealisierungen. Derunter stellten besonders Chemische Farben und Alkaliindustrie für Antikalkulation. Von Elektrizitätswerten waren Bergmann und Felten & Guilleaume etwa 4 Prozent höher. Kolonialwerte höher und lebhaft, besonders Südpazifikische aus angelegte schwebende Verkaufsverhandlungen mit holländischen Banken. Romane unter Gewinnrealisierungen sehr schwach. Im letzten Besuche war bei abnehmender Geschäftstätigkeit die Kursbewegung etwas unruhig. Am Anleihemarkt waren deutsche Anleihe fest, Kriegsanleihe notierten 77 und 77 1/2. Österreichische und ungarische Renten fielen und unruhig.

Berliner Kursnotierungen.

Table with columns for 1. Juli and 2. Juli, listing various stocks and their prices.

Devisenmarkt. Telegraphische Auszahlungen für:

Table showing exchange rates for various countries like Holland, Danemark, Schweden, etc.

Frankfurter Börse.

Frankfurt a. M., 2. Juli. Die innenpolitischen Nachrichten waren nicht geeignet, der Börse besondere Anregung zu geben. Die Börse hofft, daß es der Regierung gelingen werde, der Auslands-Wert zu werden. Da sonst Meldungen von Belang nicht vorliegen, waren die ersten Kurse nicht ganz einheitlich, überwiegend aber eine Kleinigkeit abwärts. Das Geschäft war auch ruhiger als am Vorabend. Dies zeigt sich auch am Montanienmarkt. Röhrt, Berg-

bau, Harpener und Deutsch-Luxemburger schwächer, die 1 bis 1 1/2 Proz. niedriger waren. Daimler traten mit 200 in den Verkehr. Sonst ziemlich fest bis 206 1/2. Chemische Aktien fanden wiederum im Mittelpunkt der Beachtung und zogen bei vorwiegend lebhafterem Geschäft an. Die Färbung hatten Holzverarbeitung bei feiner Tendenz. Brauwerke Mühlheim sowie Elktro-Griechheim gewannen einige Prozent. Wähig war die Kursbewegung in Elektrizitätspapieren. Immerhin bevorzugt U.G.B. und Felten & Guilleaume feste Haltung. Schiffbauaktien und Bahnen lagen sehr still. Von sonstigen Werten waren die Aktien der Kolonialwerte fest. Neben deutschen Kali und Wollwaren waren Geldung gesucht, 104 1/2. Da die Marktwerte schwächer lag, waren ausländische Aktien wieder höher. Lebhaft wurden Canada Pacific umgeleitet bei 333. Auch ausländische Kupons zogen weiter an. Von Kolonialwerten wurden Ober-Witens-Aktie und Gewissens keine Bewegung lebhaft umgeleitet. Die Aktien der deutschen Petroleumgesellschaft wurden an besseren Kursen umgeleitet. Am Rentenmarkt konnten sich Deutsche Kriegsanleihe zunächst gut behaupten und später leicht befehlen, 77 bis 77 1/2. Für ältere Anleihen herrschte gute Kaufkraft bei feiner Tendenz. Schluß ruhig und fest. Privatdiskont 3 1/2 Prozent.

Frankfurter Kursnotierungen.

Table with columns for 1. Juli and 2. Juli, listing various stocks and their prices.

Das Stützungsfontorium für Kriegsanleihen.

In den letzten Tagen hat laut 'Frfr. Btg.', die erste Bankentzung mit den Reichsbehörden zur Tilgung der für die Zeit nach Friedensschluß schon einmal geplant gemeinen Stützungsfontorien für Kriegsanleihen stattgefunden. Zu diesem Zweck wird fast die gesamte maßgebende deutsche Bankwelt eingeladen werden, namentlich soweit sie in den örtlichen Bankvereinigungen zusammengeschlossen ist. Die Aufgabe an den vorgelegenen sehr bedeutenden Garantieträgen soll bestehen werden im Verhältnis zu den zwischen den einzelnen Firmen und Banken verteilten Kriegsanleihegeschuldschriften. Zur Erleichterung ist für den Bankentzung eine weitgehende Rückwärtsfähigkeit zu denkerigen Sonderbedingungen vorgezeichnet, daß der eigene unmittelbare Kapitalaufwand des Einzelfontorien auf einen Bruchteil beschränkt werden kann. Die Kursregelung des Fonds dürfte sich nicht nur auf den Proz. festsetzen, sondern auch auf die meisten neueren Serien der Kriegsanleiheausweisungen erstrecken, während die ersten drei Serien von Subanweisungen ohnehin in ihrem geringen Umlauf und in ihrem näheren Verkehrstermin die nötige Stütze finden sollen, wie das die Verkehrs-entwicklung gerade der letzten Tage zu zeigen scheint. Dem Vernehmen nach werden die Verprechungen am Mittwoch fortgesetzt werden und dann für Berlin wohl auch zum Abschluß kommen. In der jetzigen Ausgestaltung der ganzen Organisation darf zugleich der Beweis erbracht werden, daß auch die gegenwärtige Regierung das Prinzip der Unantastbarkeit der Kriegsanleihen bis zu den ursprünglich vorgezeichneten Fristen durchzuführen die feste Absicht hat.

Im Zusammenhang mit der gahen Aktion stehen demnächstige Vorbereitungen für die Herstellung öffentlicher und amtlicher Vorkonturen für die ausgelassenen feitzersinglichen Werte einschließlich der Kriegsanleihen. Nach dem von jeder betonten Willen des Reichsbankpräsidenten sollte die volle Börse in dieser Weise erst nach Friedensschluß geöffnet werden und der Zeitpunkt dazu wird nun für gekommen erachtet.

Der Mannheimer Devisenzentrale, die unter Führung der Rheinischen Kreditbank am 1. Juli eröffnet wurde, haben sich die Süddeutsche Diskontogesellschaft A.G., die Darmstädter Bank, Filiale Mannheim, angeschlossen. Durch diese Vermittlungshilfe wird es Mannheim ermöglicht, daß der An- und Verkauf von Devisen nicht mehr über Frankfurt geleitet zu werden braucht, sondern im direkten Verkehr mit dem Reichsbankdirektorium in Berlin zur Ausführung kommt.

Das Münchner Krudwerk trat in Liquidation. Die Schließung des Wertes erfolgt wegen der Unmöglichkeit eines realen wirtschaflichen Betriebes, nachdem das Wert in 5 Monaten drei Millionen Ausnahmen hatte und nur für 300 000 M. Werte erkaufte hatte. Die Amerikaner hatten sich für Lebensnahrung des Wertes interessiert. Die Verhältnisse sind aber so unheilvoll geworden, daß daran nicht mehr gedacht wird.

Die Verluste der deutschen Spirituserauung durch den Friedensvertrag. Das uns durch den Friedensvertrag im Osten verlorengegangene Gebiet ist für die deutsche Spirituserauung von großer Bedeutung. Der jährliche Durchschnittsbedarf beträgt dort über 1 Million Hektoliter Spiritus. Da sich die gesamte durchschnittliche Nachfrage in Deutschland auf 3,8 Mill. Hektoliter beläuft, dürfen wir im Osten rund 30% unserer Erauung an Spiritus ein. An Ullas-Kohlensäure ist zwar die Kohl der Brennereien bedeutend; da es sich aber nahezu ausschließlich um Kleinbetriebe handelt, macht die Brennereierzeugung nur 0,8% der Gesamtzeugung Deutschlands aus.

Frankzösische Ausstellung in Saarbrücken. Der oberste Vertreter des Saargebietes, General Andouler, teilt den Zivilbehörden des Saargebietes in einem Rundschreiben mit, daß er beabsichtigt habe, in Saarbrücken eine Ausstellung zu organisieren, in ähnlicher Weise, wie es in Bielebrücken geschehen ist, jedoch in einer Ausdehnung, die der Bedeutung von Stadt- und Landkreis Saarbrücken entspricht. Die Ausstellung soll aber nicht nur für französische Erzeugnisse, sondern auch für Erzeugnisse des Saargebietes in der vom Friedensvertrag vorgegebenen Ausdehnung bestimmt sein. Sie soll Ende Juli oder Anfang August eröffnet werden und drei Wochen dauern.

Technisches.

Die elektrische Kraft aus Ebbe und Flut. An einem von der Reichsregierung in Saarbrücken anerkannten Gelektentwurf über Energieerzeugung, der dem Reich die Ausnutzung von Meeres- und Binnengewässern und allen natürlichen Energiequellen vorbehält, ist auch die Ausnutzung von Ebbe und Flut vorgezeichnet; allerdings ist eine gezielte Realisierung einzuweisen, die in der Zukunft eine weitgehende Ausnutzung der Wasserkraft anstrebt, ist man der Frage einer Gewinnuna von elektrischem Strom aus Ebbe und Flut bereits näher getreten. Eine Kommission des Handelsministeriums hat sich in einem Bericht über die Nutzbarmachung von Wasserkraften dahin ausgesprochen, daß eine Gewinnuna von elektrischer Kraft durch Ebbe und Flut möglich wäre. Es müßte auf diesem Aneel an den Altkunimbenen Turbinen angeschlossen werden, für deren Konstruktion Vorkläre unterbreitet werden. Für die Kraftgewinnuna aus Ebbe und Flut ist naturgemäß der Unterchied zwischen Hoch- und Niedrigwasser von großer Bedeutung. In dieser Beziehung befindet sich Enalund in einer besonders günstigen Lage. Von allen europäischen Küsten hat die des Kanals von Bristol die höchsten Kluten; der Klutwechsel schwankt zwischen 9 und 12 Meter.

Stimmen aus dem Publikum.

(Für Veröffentlichungen unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Wohnungsnot.

Außerordentliche Verhältnisse verlangen außerordentliche Maßnahmen. Die Wohnungsnot nimmt täglich zu, ohne daß eine Aussicht besteht, ihr in diesem Jahr durch Neubauten noch erfolgreich abhelfen zu können. Für Familien muß infolgedessen durch Freimachung von Teilen der größeren Privatwohnungen gesorgt werden. Hunderte von Einzelwohnungen können aber dadurch gewonnen werden, daß für selbige Beamten Schlafstellen in ihren Privatwohnungen geschaffen werden. Die ungeteilte Arbeitszeit ermöglicht täglich eine gründliche Säufung und Reinigung, so daß vom gesundheitlichen Standpunkt Wobenten im früheren Umfang nicht mehr befürchten. Heizung und Licht kann gegen Selbstkostenpreis zur Verfügung gestellt werden. Für viele Dienstverhältnisse ist eine gemeinsame weibliche Bedienung leicht zu beschaffen, so daß den 'Schlafgänger des Staates' ein 'meistlich geringere Ausgaben für die Wohnung wie früher gemacht werden. Ich bin über, daß viele ledige Beamte bereit sind, auf diesem Wege an der Beseitigung der herrschenden Wohnungsnot und des Wobentens vieler Familien mitzuwirken. Sie übernehmen damit für die nächsten Monate manderliche Unannehmlichkeiten, aber diese verschwinden gegenüber den außerordentlichen Wohlfahrt, die dadurch der gesamten Bevölkerung entfliehen. Mit Verständnis und Opferwilligkeit in allen Kreisen kann auch die Wohnungsnot beseitigt werden. Gehe die Beamtenamt auch hier mit gutem Beispiel voran! Im Entgegenkommen der öffentlichen Behörden darf in dieser bitteren Frage nicht gezwweifelt werden. Medler.

Vom Wetter.

Verichte und Beobachtungen des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrographie vom 2. Juli 1919:

Der größte Teil des Festlandes liegt unter der Einwirkung der getrennt über der Nordsee erschienenen Depression. Ein von dort sich erstreckender Ausläufer ist nach ostern abend über unser Gebiet hinweggezogen und hat für ganz Westdeutschland Regen und etwas härtere Regenfälle gebracht; heute ist das Wetter noch Regenartig, freilich mit Gewittereinbrüchen. Vorherlage bis Donnerstag, den 3. Juli, abends: Weilt südwestliche Winde, wolkig, nur vorübergehend aufheiternd, zeitweise Gewitterregen, mäßig warm.

Table with columns for Orts-Zeit, Barom., Therm., Wind, Regen, etc.

Die Münchener Krudwerk trat in Liquidation. Die Schließung des Wertes erfolgt wegen der Unmöglichkeit eines realen wirtschaflichen Betriebes, nachdem das Wert in 5 Monaten drei Millionen Ausnahmen hatte und nur für 300 000 M. Werte erkaufte hatte.

Die Verluste der deutschen Spirituserauung durch den Friedensvertrag. Das uns durch den Friedensvertrag im Osten verlorengegangene Gebiet ist für die deutsche Spirituserauung von großer Bedeutung.

Die elektrische Kraft aus Ebbe und Flut. An einem von der Reichsregierung in Saarbrücken anerkannten Gelektentwurf über Energieerzeugung, der dem Reich die Ausnutzung von Meeres- und Binnengewässern und allen natürlichen Energiequellen vorbehält, ist auch die Ausnutzung von Ebbe und Flut vorgezeichnet.

Die Wohnungsnot. Außerordentliche Verhältnisse verlangen außerordentliche Maßnahmen. Die Wohnungsnot nimmt täglich zu, ohne daß eine Aussicht besteht, ihr in diesem Jahr durch Neubauten noch erfolgreich abhelfen zu können.

Die Münchener Krudwerk trat in Liquidation. Die Schließung des Wertes erfolgt wegen der Unmöglichkeit eines realen wirtschaflichen Betriebes, nachdem das Wert in 5 Monaten drei Millionen Ausnahmen hatte und nur für 300 000 M. Werte erkaufte hatte.

Die Verluste der deutschen Spirituserauung durch den Friedensvertrag. Das uns durch den Friedensvertrag im Osten verlorengegangene Gebiet ist für die deutsche Spirituserauung von großer Bedeutung.

Die elektrische Kraft aus Ebbe und Flut. An einem von der Reichsregierung in Saarbrücken anerkannten Gelektentwurf über Energieerzeugung, der dem Reich die Ausnutzung von Meeres- und Binnengewässern und allen natürlichen Energiequellen vorbehält, ist auch die Ausnutzung von Ebbe und Flut vorgezeichnet.

Die Wohnungsnot. Außerordentliche Verhältnisse verlangen außerordentliche Maßnahmen. Die Wohnungsnot nimmt täglich zu, ohne daß eine Aussicht besteht, ihr in diesem Jahr durch Neubauten noch erfolgreich abhelfen zu können.

Die Münchener Krudwerk trat in Liquidation. Die Schließung des Wertes erfolgt wegen der Unmöglichkeit eines realen wirtschaflichen Betriebes, nachdem das Wert in 5 Monaten drei Millionen Ausnahmen hatte und nur für 300 000 M. Werte erkaufte hatte.

Advertisement for Rechtsanwal Felix Bytinski, Kaiserstraße 86, Haarkrankheiten, J. Heppes, Karlsruhe, Herronstr. 25.

Advertisement for Dampf-Waschanstalt Albert Lau, Karlsruhe, Scherrstraße 10-10a, Ueberrahme jeder Art Wäsche, Stärkwäsche, Annahme- und Stellen.

Advertisement for J. Sitzlers, Möbelspedition und Lagerraum, Augartenstr. 58, Karlsruhe, Prima Rucksäcke, M. Oswald, Sattlerei, Karlsruhe.

Advertisement for Dramatischer Unterricht, Beamten-Wwe, Familie mit zwei wohlhabenden Kindern, in sehr guten Verhältnissen u. schöner Wohnung.

Die badische Staatsfinanz.

Dr. Wirths Finanzprognose.

Der badische Finanzminister hielt in der gestrigen Sitzung des badischen Landtags seine schon wiederholt angekündigte Rede über die badische Staatsfinanz.

Der wirtschaftliche Nachweis des Eisenbahnbetriebs von 1919 schließt mit einer vorläufigen Ausgabe von 242 1/2 Millionen Mark ab, denen Einnahmen von 160 Millionen gegenüber stehen.

Was die Einnahmen betrifft, so haben die im Personenverkehr im März eine halbe Million, und im April 1/2 Mill. mehr gebracht.

Der Stand unserer Fahrzeuge hat sich durch die Abgabe von Lokomotiven und Fahrzeugen an die Entente nicht geändert.

Zur Zurücksetzung von Beamten hat das Staatsministerium folgende Aufabsetzungen getroffen:

Die Parteien des Bürgerausschusses in Mannheim haben sich auf die Wiederwahl des 1. Bürgermeisters Ritter und des Bürgermeisters Dr. Fichte geeinigt.

Zur Bürgermeistereiwahl in Nördlich wird uns geschrieben:

Seit den Wahlen zur Nationalversammlung wurden in Nördlich die Linksparteien von dem Zentrum vertrieben.

Der badische Bauverein der Gustav-Wolff-Stiftung wird seine Jahresversammlung am 5. und 6. August in Sinzheim a. d. C. abhalten.

Aus den Parteien. Der demokratische Parteitag findet nun vom 19. bis 21. Juli statt.

Netztungsaktion vorzunehmen. Ich bedauere es außerordentlich, daß füglich von der Einführung der neunten Arbeitsstunde gesprochen worden ist.

Ich begrüße die Stabilisierung der Räte in den Betrieben, denn ich hoffe und wünsche, daß durch eine Organisation dieser Betriebsräte die in Frage kommenden Leute Einblick in die Finanzgebarung unserer großen Staatsbetriebe bekommen.

Im folgenden ging der Finanzminister auf die Finanzlage der allgemeinen Staatsverwaltung ein. Er führte dazu aus, daß nach den vorläufigen Feststellungen das Rechnungsjahr 1918 für die allgemeine Staatsverwaltung mit einer Ausgabe von 229 Mill. M. und einer Einnahme von 242 Mill. M. abschließt.

Man kann annehmen, daß bis Ende 1919 einchl. der Aufwendungen für die Familienunterstützungen und des Eisenbahnbetriebs die badische Staatsschuld 465 Mill. M. betragen wird.

Zum Schluß vermahnte der Finanzminister auf die neue Steuerlage. Der Gedanke, der uns heute leiten muß, ist: Sofort heraus aus der Schuldenwirtschaft! Von diesem Gedanken geleitet, haben wir die neue Steuerborlage gemacht.

Badische Politik.

von Eisenbahnen.

Wie die „Oberhejn.-Vorr.“ hört, wird der bisherige preussische General-Geschäftsführer von Eisenbahnen aus seinem Urlaub nicht wieder in die Württembergische Eisenbahndirektion zurückkehren.

Zur Zurücksetzung von Beamten.

hat das Staatsministerium folgende Aufabsetzungen getroffen:

Lehrerkonferenz.

Eine in Sodenheim abgehaltenen Lehrerkonferenz Mannheim-Land hat einmütig die Aufstellung eines Auswahls der bisherigen Lehrkräfte der badischen Lehrervereinigung beschlossen.

Bürgermeisterwahlen in Mannheim.

Die Parteien des Bürgerausschusses in Mannheim haben sich auf die Wiederwahl des 1. Bürgermeisters Ritter und des Bürgermeisters Dr. Fichte geeinigt.

Zur Bürgermeistereiwahl in Nördlich.

Seit den Wahlen zur Nationalversammlung wurden in Nördlich die Linksparteien von dem Zentrum vertrieben.

Gustav-Wolff-Stiftung.

Der badische Bauverein der Gustav-Wolff-Stiftung wird seine Jahresversammlung am 5. und 6. August in Sinzheim a. d. C. abhalten.

Aus den Parteien.

Der demokratische Parteitag.

findet nun vom 19. bis 21. Juli statt. Kassel ist als Tagungsort fallen gelassen.

Aus dem Stadtkreise.

Fest- und Spottverteilung.

Der Preis des in der letzten Woche durch die Metzgereien verteilten Festes, der 7.10 M. das Pfund betrug, wurde von verschiedenen Seiten beanstandet.

Aus dem Stadtkreise.

Verurteilung.

e. Karlsruhe, 2. Juli. In der heutigen Sitzung der Strafkammer III wurden verurteilt: Aug. Schwarz, Bürgermeister aus Lohrbach wegen mehrfachen Betrugs i. M. zu 3 Jahren Zuchthaus, 300 Mark Geldstrafe und 5 Jahren Ehrverlust.

Badischer Bauernverein.

Die Generalversammlung der Organisationen.

des Badischen Bauernvereins, die am Sonntag in Offenburg tagte, war aus dem neuen Lande sehr gut besucht.

Die Badische Bauernbank G. m. b. H.

hielt ihre 13. Generalversammlung ab, die der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Herr v. Mecklenburg, eröffnete.

Zentral-Bewas- und Ubiak-Genossenschaft.

Geschäftsführer Dürkhardt erstattete hier den Rechenschaftsbericht.

Der 11. Verbandstag des Genossenschaftsverbandes.

schloß sich den vorhergehenden Tagungen direkt an. Staatsrat Weichaupt leitete in seiner Eigenschaft als Verbandspräsident die Verhandlungen.

Aus Baden.

Der badische landwirtschaftliche Verein.

hat am 30. Juni in Karlsruhe seine Jahresversammlung abgehalten.

Aus Baden.

Der Vorstand setzt sich nach der Neuordnung der Sakunen aus dem Präsidenten und seinen zwei Stellvertretern.

Die Neuwahl, nach den abgehaltenen Sakunen hatte das Ergebnis, daß der bisherige Präsident, Geheimrat Salzer-Karlsruhe einstimmig wiedergewählt wurde.

d. Weinheim, 2. Juli.

Aus dem Stadtkreise.

Fest- und Spottverteilung.

Der Preis des in der letzten Woche durch die Metzgereien verteilten Festes, der 7.10 M. das Pfund betrug, wurde von verschiedenen Seiten beanstandet.

Aus dem Stadtkreise.

Verurteilung.

e. Karlsruhe, 2. Juli. In der heutigen Sitzung der Strafkammer III wurden verurteilt: Aug. Schwarz, Bürgermeister aus Lohrbach wegen mehrfachen Betrugs i. M. zu 3 Jahren Zuchthaus, 300 Mark Geldstrafe und 5 Jahren Ehrverlust.

Freiburg, 2. Juli.

Verurteilung.

Freiburg, 2. Juli. Im Bismarck-Gasthof fand der Arbeiter Wilhelm B. aus Postingen im Mai Koffer. Er trug einen Koffer geladen, aber nicht gekennzeichneter Karabiner, der sich als eine gefährliche Bewegung machte.

Verurteilung.

e. Karlsruhe, 2. Juli. In der heutigen Sitzung der Strafkammer III wurden verurteilt: Aug. Schwarz, Bürgermeister aus Lohrbach wegen mehrfachen Betrugs i. M. zu 3 Jahren Zuchthaus, 300 Mark Geldstrafe und 5 Jahren Ehrverlust.

an die Metzgereien für die Verteilung an die Kunden. Diese Aufstellung zeigt, daß eine Verteilung des von der Landesfeststelle zugewiesenen Festes zu 6 M. das Pfund gar nicht möglich gewesen wäre.

Wiedereröffnung der Luisenschule.

Wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich ist, eröffnet der Badische Frauenverein im September d. J. wieder die Luisenschule, die vor dem Kriege aus allen Teilen des Landes stark besucht war.

Colosseum.

Der unverwundliche Platz beim fest sein Gastspiel mit einem Erfolge fort, wie er nur selten einem Ensemble-Komiker zu teil geworden ist.

Verhaftet wurde eine Arbeiterin aus Kronach wegen eines auf dem Wochenmarkt vertrieben Totschlags.

Kaffee Deon.

Seit Donnerstag Abend 8 1/2 Uhr findet ein Sonderkonzert (Bunter Abend) statt.

Standesbuch-Ausgabe.

Eheaufschote. 1. Juli: Karl Schäfferdeder von hier, Heizer hier, mit Magdalena Dreber von Pflanzau; Kasper Scherz von hier, Gewerbetreibender hier, mit Maria Scherz von Pflanzau.

Todesfälle.

Todesfälle. 29. Juni: Paul, alt 17 Jahre, Vater Carl Mühlstein, feld. Buchhalter. — 1. Juli: Elise Reich, Kaffeehändlerin, feld. alt 29 Jahre; Elise Schöberl, alt 29 Jahre, Witwe von Max Schöberl; Auguste, feld. alt 38 Jahre, Ehefrau von Wilhelm Schneider, Landwirt.

Verurteilung.

Freiburg, 2. Juli. Im Bismarck-Gasthof fand der Arbeiter Wilhelm B. aus Postingen im Mai Koffer. Er trug einen Koffer geladen, aber nicht gekennzeichneter Karabiner, der sich als eine gefährliche Bewegung machte.

Verurteilung.

e. Karlsruhe, 2. Juli. In der heutigen Sitzung der Strafkammer III wurden verurteilt: Aug. Schwarz, Bürgermeister aus Lohrbach wegen mehrfachen Betrugs i. M. zu 3 Jahren Zuchthaus, 300 Mark Geldstrafe und 5 Jahren Ehrverlust.

Verurteilung.

e. Karlsruhe, 2. Juli. In der heutigen Sitzung der Strafkammer III wurden verurteilt: Aug. Schwarz, Bürgermeister aus Lohrbach wegen mehrfachen Betrugs i. M. zu 3 Jahren Zuchthaus, 300 Mark Geldstrafe und 5 Jahren Ehrverlust.

Verurteilung.

e. Karlsruhe, 2. Juli. In der heutigen Sitzung der Strafkammer III wurden verurteilt: Aug. Schwarz, Bürgermeister aus Lohrbach wegen mehrfachen Betrugs i. M. zu 3 Jahren Zuchthaus, 300 Mark Geldstrafe und 5 Jahren Ehrverlust.

Verurteilung.

e. Karlsruhe, 2. Juli. In der heutigen Sitzung der Strafkammer III wurden verurteilt: Aug. Schwarz, Bürgermeister aus Lohrbach wegen mehrfachen Betrugs i. M. zu 3 Jahren Zuchthaus, 300 Mark Geldstrafe und 5 Jahren Ehrverlust.

Verurteilung.

e. Karlsruhe, 2. Juli. In der heutigen Sitzung der Strafkammer III wurden verurteilt: Aug. Schwarz, Bürgermeister aus Lohrbach wegen mehrfachen Betrugs i. M. zu 3 Jahren Zuchthaus, 300 Mark Geldstrafe und 5 Jahren Ehrverlust.

Verurteilung.

e. Karlsruhe, 2. Juli. In der heutigen Sitzung der Strafkammer III wurden verurteilt: Aug. Schwarz, Bürgermeister aus Lohrbach wegen mehrfachen Betrugs i. M. zu 3 Jahren Zuchthaus, 300 Mark Geldstrafe und 5 Jahren Ehrverlust.

Verurteilung.

e. Karlsruhe, 2. Juli. In der heutigen Sitzung der Strafkammer III wurden verurteilt: Aug. Schwarz, Bürgermeister aus Lohrbach wegen mehrfachen Betrugs i. M. zu 3 Jahren Zuchthaus, 300 Mark Geldstrafe und 5 Jahren Ehrverlust.

Verurteilung.

e. Karlsruhe, 2. Juli. In der heutigen Sitzung der Strafkammer III wurden verurteilt: Aug. Schwarz, Bürgermeister aus Lohrbach wegen mehrfachen Betrugs i. M. zu 3 Jahren Zuchthaus, 300 Mark Geldstrafe und 5 Jahren Ehrverlust.

Verurteilung.

e. Karlsruhe, 2. Juli. In der heutigen Sitzung der Strafkammer III wurden verurteilt: Aug. Schwarz, Bürgermeister aus Lohrbach wegen mehrfachen Betrugs i. M. zu 3 Jahren Zuchthaus, 300 Mark Geldstrafe und 5 Jahren Ehrverlust.

Verurteilung.

e. Karlsruhe, 2. Juli. In der heutigen Sitzung der Strafkammer III wurden verurteilt: Aug. Schwarz, Bürgermeister aus Lohrbach wegen mehrfachen Betrugs i. M. zu 3 Jahren Zuchthaus, 300 Mark Geldstrafe und 5 Jahren Ehrverlust.

Verurteilung.

e. Karlsruhe, 2. Juli. In der heutigen Sitzung der Strafkammer III wurden verurteilt: Aug. Schwarz, Bürgermeister aus Lohrbach wegen mehrfachen Betrugs i. M. zu 3 Jahren Zuchthaus, 300 Mark Geldstrafe und 5 Jahren Ehrverlust.

Verurteilung.

e. Karlsruhe, 2. Juli. In der heutigen Sitzung der Strafkammer III wurden verurteilt: Aug. Schwarz, Bürgermeister aus Lohrbach wegen mehrfachen Betrugs i. M. zu 3 Jahren Zuchthaus, 300 Mark Geldstrafe und 5 Jahren Ehrverlust.

Verurteilung.

e. Karlsruhe, 2. Juli. In der heutigen Sitzung der Strafkammer III wurden verurteilt: Aug. Schwarz, Bürgermeister aus Lohrbach wegen mehrfachen Betrugs i. M. zu 3 Jahren Zuchthaus, 300 Mark Geldstrafe und 5 Jahren Ehrverlust.

Verurteilung.

e. Karlsruhe, 2. Juli. In der heutigen Sitzung der Strafkammer III wurden verurteilt: Aug. Schwarz, Bürgermeister aus Lohrbach wegen mehrfachen Betrugs i. M. zu 3 Jahren Zuchthaus, 300 Mark Geldstrafe und 5 Jahren Ehrverlust.

